

Angst vor Bedeutungsverlust

Quartiervereine begehren auf In Zürich werden lokale Anlaufstellen für die Bevölkerung aufgebaut. Der links-grüne Stadtrat muss sich für das Pilotprojekt auch Kritik gefallen lassen.

Martin Huber

Es kriselt wieder einmal zwischen der rot-grünen Stadtregierung und den Quartiervereinen. Auslöser des jüngsten Konflikts ist das Projekt «Drehscheibe», das die Stadt vor zwei Wochen angekündigt hat. Dieses sieht für Altstetten sowie für die Kreise 4 und 5 ab kommendem Jahr zwei professionell betriebene Anlaufstellen und Begegnungsorte vor.

In diesen Drehscheiben soll sich die Bevölkerung «einen Überblick über die vielfältigen Angebote privater Organisationen und der Stadt zu den unterschiedlichsten Themen verschaffen können». Gleichzeitig sollen die Lokalitäten auch «Orte der Begegnung und Vernetzung» sein, wie die Stadt schreibt.

Für den dreieinhalbjährigen Pilotversuch hat der Stadtrat 1,9 Millionen Franken bewilligt – in eigener Kompetenz. In Altstetten wird die Drehscheibe durch einen privaten Träger betrieben, im Gebiet der Kreise 4 und 5 übernehmen die städtischen Sozialen Dienste den Betrieb.

«Freiwilligenarbeit wird konkurrenziert»

Bei den traditionellen Quartiervereinen kommt das Vorhaben gar nicht gut an. Sie werfen dem links-grünen Stadtrat vor, er baue Parallelstrukturen auf, um sie auszubooten. «Die Stadt fährt hier eine Strategie, mit staatlicher Unterstützung die Freiwilligenarbeit direkt zu konkurrenzieren», schreibt die Quartierkonferenz, die Dachorganisation der 25 Quartiervereine, in einer Mitteilung. Zudem unterstütze die Stadt bereits die Gemeinschaftszentren mit 18 Millionen Franken im Jahr, deren Aufgabengebiet sich stark mit dem der Drehscheiben überschneide.

Weiter weist die Quartierkonferenz darauf hin, dass die Quartiervereine seit Jahrzehnten wertvolle Leistungen für lebendige Quartiere erbrächten. Mit Freiwilligenarbeit würden jährlich eine Vielzahl von Veranstaltungen organisiert und unbürokratisch Bürgeranliegen erledigt. «Nun will die Stadt ein eigenes Angebot aufbauen, das zum grössten Teil abdeckt, was Quartiervereine und Gemeinschaftszentren seit Jahren erfolgreich erfüllen.» Und dies erst noch für 260'000 Franken pro Jahr und Drehscheibe. Dass die Gesamt-



Die Bäckeranlage, ein Ort der Begegnung – wie es auch die geplanten Anlaufstellen sein sollen. Foto: Christian Beutler (Keystone)

kosten für das Projekt mit 1,9 Millionen nur minim unter der Finanzkompetenz von 2 Millionen Franken liegen, deutet die Quartierkonferenz als Hinweis darauf, dass der Stadtrat einer Auseinandersetzung im Parlament aus dem Weg gehen wollte.

Nicht das erste Mal, dass es Spannungen gibt

Es ist nicht das erste Mal, dass die Stadt bei den Quartiervereinen für Unmut sorgt. 2016 hatte das Sozialdepartement versucht, mit der sogenannten Quartierkoordination eine ähnliche Stelle aufzubauen, die im Gemeinderat allerdings stark umstritten war und dann nicht realisiert wurde. Zu Spannungen kam es auch 2018, als die Stadtverwaltung ankündigte, ihre «Schnittstelle zu den Quartieren» zu analysieren und gegebenenfalls «Optimierungen» vorzunehmen.

Martin Bürki, Präsident der Quartierkonferenz und FDP-Gemeinderat, kritisiert, «dass die Stadt die Quartiervereine immer mehr infrage stellt und die Wert-

schätzung für unsere Arbeit und die Hunderte in Freiwilligenarbeit organisierten Anlässe stetig nachlässt». Nach der Episode mit den Quartierkoordinatoren folge nun mit den Drehscheiben ein weiterer Versuch, «mit staatlichen Abteilungen die Freiwilligenarbeit zu ersetzen».

Einen Grund für die Abkühlung im Verhältnis zwischen der Stadt und den Vereinen ortet Bürki darin, dass die Quartiervereine immer wieder Veranstaltungen organisieren, bei denen sich Bewohner auch kritisch zu Projekten der Stadt äussern. Er erinnert an die jüngste Kontroverse um das Autofrei-Projekt «Brings uf d'Strass» von AL-Stadtrat Richard Wolff, das etwa der Quartierverein Wiedikon ablehnte.

«In der Stadtverwaltung ist man offenbar der Ansicht, die Quartiervereine sollten sich auf Folklore und Räbeliechtliumzüge beschränken», sagt Bürki. Dabei seien Quartiervereine keineswegs ein Auslaufmodell, sondern «eher wieder im Trend», so zeigt er sich überzeugt.

Allerdings sehen sich die Quartiervereine auch immer wieder mit Kritik konfrontiert. Sie seien zu wenig innovativ, ihre Strukturen seien verkrustet und sie repräsentierten die Quartierbevölkerung nicht gut genug, heisst es. Dies sei mit ein Grund, dass die Stadt das Heft selber in die Hand nehme. Bürki hält diese Kritik für ungerechtfertigt: «Die allermeisten Quartiervereine gehen sehr wohl mit der Zeit, sind nahe bei den Leuten im Quartier und nehmen deren Sorgen auf.» Oft meldeten sich bei ihnen Personen mit sehr lokalen Problemen, die vom Stadtrat und von der Stadtverwaltung vernachlässigt oder gar ignoriert würden.

Kritische Fragen im Gemeinderat

Im Sozialdepartement von SP-Stadtrat Raphael Golta gibt man sich gelassen. Es gehe nicht darum, die Quartiervereine auszubooten, versichert Sprecherin Heike Isselhorst. Die Stadt habe gemeinsam mit zahlreichen Quartierorganisationen, darun-

ter auch den Quartiervereinen, «in einem transparenten Mitwirkungsverfahren ihre Schnittstelle zur Bevölkerung in den Quartieren analysiert».

Als Ergebnis seien Massnahmen zur Optimierung dieser Schnittstelle erarbeitet worden, unter anderem in Form der Drehscheiben. Das Bedürfnis nach einem solchen niederschweligen Angebot vor Ort in den Quartieren sei auch im Mitwirkungsverfahren zur Altersstrategie 2035 geäussert worden, sagt Isselhorst.

Auch die Kritik an den Kosten kann man im Sozialdepartement nicht nachvollziehen. In den 1,9 Millionen Franken für den Betrieb der zwei Pilot-Drehscheiben über eine Dauer von 3,5 Jahren seien die Aufwendungen für das Personal, die Betriebskosten, die Raummieten und die externe Evaluation enthalten.

Ausgestanden ist die Sache für Golta noch nicht. Die Drehscheiben im Energiebereich inzwischen auch das Stadtparlament. Dort hat die FDP einen Vorstoss mit kritischen Fragen eingereicht.

Die Ecke

Konsequente SP

In der Stadt Zürich stellen die Sozialdemokraten fünf von sieben Schulkreispräsidien. Diese bekommen einen Lohn zwischen 167'000 und 196'000 Franken – dazu noch eine Abgangsentschädigung. Immerhin: Ihrem Slogan «Für alle statt für wenige» bleibt die SP treu. (sak)

Nachrichten

Tempobeschränkung auf dem See aufgehoben

Schiffahrt Weil der Wasserpegel gesunken ist, hat die Stadtpolizei die Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Zürichsee im Gebiet der Stadt aufgehoben. Seit letztem Freitag galt Tempo 10 für motorisierte Boote, um die Ufer vor hohen Wellen zu schützen. Auf der Limmat und der Sihl dürfen weiterhin keine Schiffe fahren, und auch Baden bleibt dort verboten. Die Stadtpolizei warnt, dass die Strömung von Bächen und Flüssen aktuell «ausserordentlich stark» sei. Auch das Abkühlen von einzelnen Körperteilen im Wasser könne zu kritischen Situationen führen. (an)

Schawinski reicht Petition für UKW ein

Radioempfang Der Zürcher Radiopionier Roger Schawinski wehrt sich gegen die im August 2022 geplante Abschaltung aller UKW-Sender der Schweiz. Er hat eine Petition dagegen lanciert, die über 60'000 Leute unterschrieben. Am Mittwoch wurde die Bittschrift im Bundeshaus eingereicht. Wie Schawinski mitteilt, fordert sogar Alt-Bundesrätin Doris Leuthard, welche den Abschaltscheid während ihrer Amtszeit gefällt hatte, einen Marschhalt, und auch ihr Vorgänger Moritz Leuenberger habe sich dieser Beurteilung angeschlossen. (an)

Das Energiegesetz kommt vors Volk

Referendum Der Hauseigentümergebiet des Kantons Zürich hat erfolgreich das Referendum gegen das Energiegesetz ergriffen, das den Betrieb von Öl-, Gas- und Elektroheizungen erheblich erschweren will. Dies hat er am Mittwoch mitgeteilt. Nun wird die Stimmbürgerbevölkerung darüber abstimmen. Das Gesetz gehe noch über die «bereits strengen Mustervorschritten» der Kantone im Energiebereich hinaus und führe zu höheren Mieten, schreibt der Verband. Der Kantonsrat hatte das Energiegesetz im April mit 121 zu 46 Stimmen gutgeheissen. (net)

In einer Rechtskurve auf die Gegenfahrbahn

Frontalkollision Ein 41-jähriger Autolenker hat am frühen Mittwochnachmittag zwischen Dübendorf und Fällanden einen schweren Unfall verursacht. Laut Polizei geriet er in einer Rechtskurve der Fällandenstrasse auf die Gegenfahrbahn und streifte einen Lieferwagen. Dieser geriet ins Schleudern und prallte frontal in ein von Dübendorf kommendes Auto. Dessen 28-jährige Lenkerin erlitt keine sichtbaren Verletzungen, musste aber zur Abklärung ins Spital. Auch der Unfallverursacher blieb unverletzt. Der Lieferwagenfahrer hingegen wurde schwer verletzt. (an)

Pädophiler Straftäter darf nicht aus seinem Wohnort verbannt werden

Gerichtsurteil Ein 50-Jähriger wehrte sich erfolgreich gegen ein Rayonverbot für das ganze Gemeindegebiet.

Das Zürcher Obergericht hat ein Kontakt- und Rayonverbot gegen einen 50-jährigen Mann erlassen, der wegen sexueller Handlungen mit Kindern verurteilt wurde. Das Verbot gilt jedoch nicht wie vom Opfer gefordert für die ganze Gemeinde, in der sie beide wohnen.

Der 50-jährige Österreicher, der schon längere Zeit in der Schweiz lebt, wurde im August 2019 vom Bezirksgericht Winterthur schuldig gesprochen. Er erhielt eine bedingte Freiheitsstrafe von 24 Monaten. Er hatte

ein Mädchen, zu dessen Familie er eine freundschaftliche Beziehung pflegte, über einen Zeitraum von mehreren Jahren wiederholt missbraucht. Er griff ihm unter die Kleider, berührte es im Intimbereich und soll es mindestens einmal oral missbraucht haben.

Angst vor plötzlichem Begegnungen

In dem Urteil des Obergerichts, das kürzlich publiziert wurde, ging es noch um die Frage eines Kontakt- und Rayonverbots. Den

Schuldspruch und das Strafmass akzeptierte der Verurteilte.

Er, die Staatsanwaltschaft und die Anwältin des Opfers hatten vereinbart, für das Verfahren vor dem Obergericht weitgehend identische Anträge einzureichen. Konkret einigten sie sich auf ein fünf Jahre dauerndes Kontakt- sowie ein Rayonverbot für bestimmte Gebiete im gemeinsamen Wohnort.

Die Anwältin des Opfers stellte dann aber trotzdem darüber hinaus den Antrag, dem Täter ein Rayonverbot für das gesamte Ge-

biet der Zürcher Gemeinde zu erteilen, nicht nur für einzelne Quartiere. Nur so könne sichergestellt werden, dass das Opfer nicht in der ständigen Angst leben müsse, dem Mann plötzlich zu begegnen.

Kein Zutritt zum Campingplatz

Der Verurteilte wehrte sich gegen diese Forderung. Er wohne und arbeite in dieser Gemeinde und habe sein soziales Umfeld dort. Die Gemeinde sei seit Jahrzehnten sein Lebensmittelpunkt.

Eine Ausgrenzung wäre seiner Ansicht nach nicht verhältnismässig.

Das Obergericht fand eine solche Massnahme ebenfalls nicht verhältnismässig. Stattdessen hat das Gericht nun ein fünf Jahre dauerndes Kontaktverbot verhängt sowie ein auf bestimmte Bereiche des gemeinsamen Wohnorts beschränktes Rayonverbot. Auch auf dem Campingplatz Flaach, den die Familie des Opfers regelmässig nutzt, darf sich der Täter nicht mehr aufhalten. (sda)